

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 20. Juni 1922

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mk. die längste Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 70

Gau Oberrhein

Nach achtschjähriger Pause fanden sich Pfingsten 1922 in dem durch seinen guten Wein bekannten freundlichen Städtchen Bühl die Delegierten des Gau Oberrhein zusammen, um den 25. Oberrheinischen Goutag abzuhalten. 44 Delegierte und als Gast den Geschlechtsverreiter, Kollegen Klein (Stuttgart), konnte namens des Gauvorstandes unter langjähriger Gauvorsteher Lindenlaub (Freiburg) in der Eröffnungsrede am Pfingstsonntag im Tagungslokal „Friedrichsbau“ begrüßen. Nachdem noch der Vorsitzende des Ortsvereins Bühl, Kollege Wirth, den Goutag willkommen geheißen, wurde das Bureau durch Zuwahl eines zweiten Vorsitzenden und zweier Schriftführer ergänzt. Zur Vorbereitung der technischen, Fragen und Statutänderungsanträge wurde eine achtschleibende Kommission bestimmt. Die Mandatprüfung übernahmen drei Kollegen, die später alle Mandate als gültig erklärten.

In seinem Geschäftsbericht, der sich über den langen Zeitraum von acht Jahren erstreckte, erwähnte Gauvorsteher Lindenlaub das in diese Zeit gefallene 50jährige Jubiläum unseres Verbandes und die 50jährigen Jubiläen der Ortsvereine Freiburg (1914) und Lahr (1921), dann die zwei Verbandsgeneralversammlungen in Würzburg und Nürnberg sowie den Gewerkschaftskongress in Nürnberg. Zur Besprechung dringlicher Fragen fanden Bezirksvorsteherkonferenzen statt in den Jahren 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 1920 (zweimal) und 1921. Der Opfer des Weltkriegs, die die traurige Zahl von 193 im Gau erreichte, sowie der Kollegen Wöhler (Berlin) und Kala (Stuttgart) und der anderen noch in der Zeitschrift verarbeiteten 93 Kollegen wurde schmerzhaft gedacht. Die Sparbewegung erfuhr jede mögliche Förderung, wozu auch finanzielle Unterstützung gehörte. Das Arbeiterlöhnen wurde auch gestreift; es hat aber im Gau, dank dem gesunden Sinne des größten Teiles der Mitglieder, nicht überhand genommen. Im übrigen wurde auf die gedruckt vorliegenden acht Jahresberichte verwiesen. Aus dem für 1921 ist zu entnehmen, daß der Gau am Ende des Jahres 1761 Mitglieder zählte, die sich auf die Bezirksvereine Karlsruhe (777), Freiburg (480), Lahr (239), Konstanz (165) und Strassburg (100) verteilten. In der Beibringungsabteilung waren 279 Beibringer organisiert.

Übergehend zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage im Gau stellte Kollege Lindenlaub fest, daß der Gau Oberrhein infolge seiner Grenzlage an der Schweiz und Frankreich, seiner zahlreichen Kurorte mit riesenhaftem Fremden- und Ausländerverkehr, wohl mit an der Spitze in bezug auf die Steuerungsverhältnisse in Deutschland stehe. Die seit längerer Zeit schon unternommenen Schritte zur Erleichterung einer Grenzulage seien aber bisher an dem scharfen Widerstande der Prinzipalvertreter in den maßgebenden Instanzen gescheitert, so daß nur auf dem Wege der örtlichen Verhandlung für einige Städte eine dürftige Zulage erreicht werden konnte. Auch die Frage der Lokalzuschläge kam nicht zur Ruhe, da die Einführung einer Reihe Orte in höhere Ortsklassen durch die Reichsbesoldungsordnung mit Rückwirkung vom April 1920 bei den in Frage kommenden Kollegen böses Blut erregte dadurch, daß die Tarifinstanzen eine Anpassung der jetzt geltenden Lokalzuschläge an die neue Einkunstung vor Ablauf der Geltungsdauer des Tarifs als nicht möglich erklärten. So müssen die in Betracht kommenden Orte sich mit einer ganz unzureichenden Entlohnung abfinden bis zum Schluß dieses Jahres, während die Beamten die durch die Neueinstufung bedingten höheren Sätze rückwirkend vom April 1920 beziehen. Belreunden hat es auch unter den betroffenen Kollegen erregt, daß das Tarifamt letztes Jahr die Lokalzuschläge einer Reihe Orte, die vor dem Kreisamt in Stuttgart auf Grund beiderseitigen Abkommens festgelegt und zum Teil schon gezahlt wurden, auf eigene Faust wieder reduzierte.

Kollege Klein (Stuttgart) ergänzte die Ausführungen des Gauvorstehers noch durch einen kleinen Bericht aus seiner Tätigkeit in den Tarifinstanzen.

In der anschließenden ausgedehnten Diskussion wurde von einer Seite die manchmal reichlich spät erhaltene Information der größeren Mitgliedschaften bei wichtigen tariflichen und gewerkschaftlichen Entscheidungen bemängelt und von anderer Seite der arg, daß bei solchen Umständen der Verbandsvorstand die einzelnen Bezirksvorstände auf dem schnellsten Wege benachrichtigen müsse und nicht den Umweg über die Gauvorstände mache. Auch beim besten Willen von dieser Seite ginge immer

Zeit verloren. Grenzulage, Lokalzuschläge und Steuerung wurden dann noch eingehend besprochen, besonders die Delegierten der kleineren Orte klagten über die ungerechte Entlohnung dortselbst, da die Steuerung doch auch überall gleich sei, was an drastischen Beispielen gezeigt wurde.

Kollege Klein hielt dann auf verschiedene Anregungen hin noch ein kleines Referat über die letzten Lohnverhandlungen in Berlin.

Allgemeine Unzufriedenheit kam über das durch Schledsbruch zustande gekommene Ergebnis zum Ausdruck, die noch verstärkt wurde durch die Mitteilung in der letzten Nummer der „Zeitschrift“, daß die Abmachung auch noch für Juli Geltung haben solle, falls nicht eine wesentliche Steigerung der Steuerung im Juni nachgewiesen werden könnte. Dem „Korr.“ wurde verlangt, daß auch solche wichtige Nebenabmachungen in seiner Berichterstattung nicht ausgelassen würden. Von verschiedenen Seiten wurde auf die Notwendigkeit einer besseren gewerkschaftlichen Erziehung der Mitglieder hingewiesen und eine namhafte Erhöhung des Verbandsbeitrags gefordert, um der Schwarzmalerei der Prinzipalität zur gegebenen Zeit in der richtigen Weise entgegenzutreten zu können. Dieses wurde auch von den Kollegen Lindenlaub und Klein unterstützt und die Delegierten aufgefordert, in ihren Kreisen dementsprechend aufzuklären zu wirken.

Die von Druckerseite angeregte Aufnahme einer Statistik über Anzahl der Maschinen im Gau und deren Belegung ver sprach der Gauvorstand in die Wege zu setzen. Hinweisend auf den vom Gauvorsteher in seinem Bericht erwähnten traurigen Verlust von 193 lebenden Kollegen in dem letzten wahnwütigen Völkermorden, war ein Delegierter für Unterzeichnung der vorkommlichen „Bewegung“ dabei auf den gemeinsamen Aufruf des Bundes „Heute Vaterland, der deutschen Liga für Menschenrechte und der französischen Liga für Menschenrechte aufmerksam machend, die eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich bezwecken und so die Grundlage zu einem allgemeinen Völkerverständnis schaffen wollen. Der Goutag gab einstimmig seine Zustimmung zur Unterstützung dieses Aufrufs.

Beim Punkte „Kassenbericht“ verwies Gaukassierer Friedrich auf die gedruckt vorliegenden Berichte. Aus dem für 1921 ist zu entnehmen, daß im Gau für die Verbandskasse eingingen 504097 Mk., wovon 313055 Mk. an die Hauptkasse abgehandelt werden konnten. Die Einnahmen der Gaukasse betragen 123824 Mk., denen 110962 Mk. Ausgaben entgegengesetzt. Das Vermögen des Gau Oberrhein betrug nur 22483 Mk.

Auf Antrag des Kollegen Kircken (Karlsruhe) wurde hierauf dem Gauvorstand einstimmig Entlassung erteilt und durch Erheben von den Eigen Dank für die geleistete Arbeit ausgesprochen. Nach einigen geschäftlichen Anregungen verlagte sich der Goutag dann wegen vorgezückter Zeit auf den nächsten Morgen 9 Uhr.

Am Montag wurde die Tagung mit einem Referat des Kollegen Lindenlaub über „Die Beibringungsorganisation und die geplante Verschlechterung der Beibringungsordnung“ wieder aufgenommen. In der anschließenden Aussprache kamen die guten und schlechten mit der Beibringungsorganisation gemachten Erfahrungen zum Ausdruck. Freiburger Delegierte wiesen darauf hin, daß nur persönliche Einnahme mit den Eltern der Beibringer und ein sozusagen kameradschaftliches Zusammenarbeiten mit den Beibringern selbst bei diesen das Interesse für die Organisation und deren Zwecke und Ziele wecken und wachhalten würde. Nicht nur sachliche Vorträge sollten gehalten werden, sondern durch gemeinsame Spasiegänge und Tagesausflüge solle man die Beibringer von der Sportlerzeit abhalten lassen. Das verblügte dann auch die Erziehung zu späteren städtischen Verbandsmitgliedern. Von anderer, speziell Karlsruher Seite wurde betont, daß die vom Lande kommenden Beibringer sehr schwer für die Organisation zu gewinnen und zu halten seien. In bezug auf die Beibringungsorganisation kam zum Ausdruck, daß unter allen Umständen deren Unterstellung unter die Botmäßigkeit der rüchtrichtlich zusammengeleiteten Handwerkskammern verhindert werden müßte, und unter Vertreter bei der Tarifrevision, wo über diese Sache beraten werden soll, auf der Hut sein müssen. Vom Gaukassierer wurde dann noch erklärt, daß die bei der Gaukasse eingehenden Beibringerbeiträge reiflos wieder für Zwecke der betreffenden Organisation zur Verfügung kämen.

In der Zwischensitzung hatte die zur Vorbereitung der kassentechnischen Fragen und Statutänderungsanträge gewählte Kommission gefaßt, und nach kurzer

Debatte fanden deren Vorschläge Annahme. Vor allem wurde die Gaubeitragsanhebung auf 4 Mk. pro Woche einstimmig angenommen. Auf Grund der ab 1. Juli eintretenden Erhöhung des betreffenden Beitrags kann die Gaukasse an Zuschuß bei Krankheitsfällen gewähren: nach 26 Beiträgen pro Tag 6 Mk. auf die Dauer von 13 Wochen; nach 52 bzw. 250 Beiträgen pro Tag 8 Mk. auf die Dauer von 26 bzw. 52 Wochen. Bei Todesfällen eines Mitglieds oder dessen Ehefrau wird ein Sterbegeld gezahlt von 500, 1000 und 1500 Mk. je nach 26, 52 und 250 geleisteten Beiträgen. Den beiden Wochenberichten wird ein jährlicher Zuschuß von je 10000 Mk. gewährt. Zu diesem Punkte wurde auch beschlossen, daß die den örtlichen graphischen Kreisläusen angebotenen graphischen Organisationen den Wochenbericht als Publikationsorgan benutzen dürfen, falls sie den entsprechenden Teil der Herstellungskosten übernehmen. Dann wurden noch dem Kreise Karlsruhe des Bildungsverbandes eine Beihilfe von 3000 Mk. bewilligt und dem Kreise Karlsruhe der Maschinenmeister eine Agitationsbeihilfe von 2000 Mk. Nachdem noch bestimmt worden war, daß von der dem Gau vom Verband zuleihenden Rückvergütung der Gau ein Viertel und die Bezirke drei Viertel erhalten sollen, fand die Neuregelung der Renumeration des Gauvorstandes Erledigung.

Eine lebhaftere Aussprache entspann sich über die von Karlsruhe beantragte Verlegung des sich seit der Gründung des Gau Oberrhein im Jahr 1866 in Freiburg befindlichen Gauvorstands nach Karlsruhe. Obwohl von dem Antragsteller eine längere, gedruckte Begründung vorlag, die sich besonders auf Größe und Stärke der dortigen Mitgliedschaft bezog, konnte sich die große Mehrheit der Delegierten nicht zu einer Verlegung entschließen. Am 12. Beibringertag stimmten für den Umzug, und Freiburg verbleibt somit Vorort des Gau Oberrhein, wozu es sich auch wegen seiner günstigeren geographischen Lage am besten eignet.

Der bisherige Gauvorstand, bestehend aus den Kollegen Lindenlaub als Gauvorsteher, Friedrich als Gaukassierer und Nikolaus Müller als Schriftführer wurde einstimmig wiedergewählt.

Als Tagungsort für den nächsten Goutag wurde Billingen bestimmt.

Hierauf ergriff Kollege Kircken (Karlsruhe) das Wort zu einer kurzen, ehrenden Ansprache für den Gauvorsteher Lindenlaub und betonte, daß dieser nunmehr über 25 Jahre dem Gauvorstand angehöre, davon 18 Jahre als erster Vorsitzender. Was Lindenlaub in dieser langen Zeit für die Organisation und besonders unsern Gau Oberrhein geleistet habe, könne nicht hoch genug geschätzt werden. Durch Erheben von den Eigen wurde Kollege Lindenlaub der Dank des Goutags abgefaßt. Kollege Lindenlaub dankte für die Ehrung. Er ließ die ganze Tagung und die geleistete Arbeit des Goutags Reue passieren und schloß mit einem Hoch auf den Verband den 25. Oberrheinischen Goutag.

Nicht vergessen sei zum Schluß, den Bühler Kollegen zu danken für die freundliche Aufnahme und die Veranstaltung, die sie getroffen, um den Delegierten den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Nachdem schon am Sonnabend ein Begrüßungsabend in der Krone stattgefunden, an dem ein aus Bühler Kollegen bestehendes Orchester für Unterhaltung sorgte, fand am Pfingstsonntag im „Friedrichsbau“ das 25. Stiftungsfest des Ortsvereins Bühl statt. Großartig vorgelegene Gesangsbeiträge erklangen und hielten Inhabts teilens der „Typographia“ (Karlsruhe) wechselten mit Musikstücken der Bühler Stadtkapelle ab. Volles „Verständnis“ fand bei den Festteilnehmern auch der ominöse „Kontrollzettel“, der in Gestalt eines Theaterstückes über die Bühne ging und durch die Darsteller eine tadellose Wiedergabe fand. Humoristische Beiträge und anschließender Tanz füllten den übrigen Teil des Abends aus, der übrigens durch die inhaltvolle Festrede des Gauvorstehers eine besondere Welte erhielt. Nach offiziellem Schluß des Goutags fand am Montagnachmittag ein kleiner Ausflug nach dem Eisental statt, wo infolge des dort vorhandenen „guten Tropfens“ alle etwa auf der ersten Tagung vorhanden gewesen Meinungsverstärkungen vollständig „überbrückt“ wurden.

Freiburg i. Br.

P. K.

Zur XI. ordentlichen Generalversammlung des Verbandes

Industrieverband, Graphischer Bund oder Berufsorganisation?

Mit der Beantwortung dieser Frage wird sich unweifelhaft unsere im Juli folgende Generalversammlung eingehend zu befassen haben. Die Tatsache, daß wir im Augenblick in einem Zeitalter höchster kapitalistischer Potenz leben, daß die Kartellierung ganzer Betriebszweige stets weitere Kreise zieht, daß die Banken eine Funktion nach der anderen vollziehen und daß die Unternehmer sich in stets größeren Interessengruppen zusammenschließen, dürfte den Anlaß gegeben haben, daß die verschiedenen Orts- und Bezirksvereine zur Generalversammlung den Antrag auf Schaffung eines Industrieverbandes erhoben. Die stets gleiche Begründung lag es zur Genüge: Man will der geschlossenen Bilanz des Unternehmertums eine gleich starke Vereinigung der Arbeitnehmerorganisationen gegenüberstellen. Der Gedanke der Umstellung unserer Organisation auf breiterer Basis hat zweifellos in weitestem kollegenkreislichen Anhalt und Anhänger gefunden. Verkehrt wäre es m. E., sich diesen Bestrebungen entgegenzusetzen und im alten Fahrwasser weiterzuziehen zu wollen. Ehrlicher Weise müssen wir eingestehen, daß wir als Arbeitnehmer mehr und mehr in die Abwehrstellung gedrängt worden sind; wir müssen erkennen, daß das Kapital noch nie so stark und noch nie so rücksichtslos in der Anwendung seiner Macht war, wie gerade in der Jetztzeit. Wir haben also alle Veranlassung, nach neuen Formen, neuen Methoden zu suchen, um unsere Macht im Notfall sich fühlbar gegenüber dem Unternehmertum auswirken zu lassen.

Da komme ich zunächst zum Industrieverbande. Der Industrieverband in „vollster Ausdehnung“ ist meines Dafürhaltens Zusammenfassung aller tätigen Kräfte in der papierverarbeitenden und papierverarbeitenden Industrie. Tiefere Eindringen und Nachdenken über den letzten Satz sollte jeden denkenden Kollegen nicht zum Gegner des Industrieverbandes machen, wohl aber ihn zu der Ansicht bringen, daß er bis zur Erreichung dieses Stadiums der langsamen Entwicklung und des allmählichen Vorgehens bedarf. Der Sprung von der jetzt bestehenden Berufsorganisation bis zum vollendeten Industrieverbande wäre zu groß und darf im Interesse der Arbeitnehmer von verantwortungsvollen Führern nicht auf einmal gewagt werden. Aus diesem Grunde wird aller Voraussicht nach auch die diesjährige Generalversammlung den Zeitpunkt für die Schaffung eines Industrieverbandes noch nicht für gekommen halten.

Gehen wir allmählich. Eine dritte Etappe auf dem Wege zum Industrieverband ist zweifellos der „Graphische Bund“. Der Grundstein hierzu wurde bereits im letzten Zusammenhang auf der Nürnberger Generalversammlung gelegt. Aufgabe der kommenden Generalversammlung sollte es sein, diese einmal eingegangene Verbindung fester zu gestalten und den Weg zum organisatorischen Zusammenhange zu suchen. Für die vier graphischen Organisationen ist anzustreben, die zentrale Regelung aller Verbandsangelegenheiten, gleichzeitige Lohnverhandlungen nach einheitlichen Grundätzen, gegenseitiges Zusammenwirken in der Organisation aller Berufsangehörigen und gemeinsame Bildungsarbeit, des weiteren Schaffung eines einheitlichen Status, möglichst einheitlicher Beiträge, Unterstufungsätze usw.

Nicht und Schaffen sollen jedoch in bezug auf den „Graphischen Bund“ auch hier richtige Verteilung finden, und da ist es nicht uninteressant, das Verhältnis der einzelnen Organisationen innerhalb des Graphischen Bundes etwas näher zu betrachten. Nach dem Stande vom 31. Dezember 1921 hätte der „Graphische Bund“ einen Mitgliederstand von 229.305 aufzuweisen, die sich wie folgt auf die einzelnen Organisationen verteilen:

	männlich	weiblich
Buchdrucker	75.512	10
Buchbinder	25.150	62.810
Hilfsarbeiter	15.723	31.149
Lithographen und Steindrucker	18.695	256
	135.080	94.225

Es würden also 135.080 männlichen 94.225 weibliche Mitglieder gegenüberstehen. Ein gewiß nicht zu unterschätzender Faktor, wenn wir des weiteren in Berücksichtigung ziehen, daß in unserem Gewerbe wie auch in den übrigen Verbänden die männlichen Kollegen fast restlos den Weg zur Organisation gefunden haben. Anders liegt es bei den weiblichen Arbeitskräften, wo es noch ein auf Stück Geld zu beachten gibt, um sie restlos der Organisation zuzuführen. Die vorstehend aufgeführten Zahlen dürften also noch im Laufe der Zeit eine merkliche Verschiebung zugunsten der weiblichen Mitglieder erfahren. Grundlegendes gewerkschaftliche Erziehungswerk müßte in den Reihen der weiblichen Mitglieder vollzogen werden, wenn wir nicht im Fall einer Umwandlung oder sonstiger organisatorischer Notwendigkeiten unangenehme Überraschungen erleben wollen. Denn immer noch besteht das Wort zu Recht: Nicht die zahlenmäßige Stärke einer Organisation ist ausschlaggebend, sondern der Kern, der in ihr wohnende Geist.

Die mehrfach gehörten Einwendungen, daß für uns Buchdrucker die Berufsorganisation am erfolgversprechendsten ist, sind nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, jedoch zu behaupten, daß diese von verkehrten Gesichtspunkten ausgehen. Sind wir Anhänger des Kartellens und erwarten wir von den Gewerkschaften nichts weiter

als Lohnaufbesserungen, so können wir diese Einwendungen nicht entkräften. Anders jedoch, wenn wir uns als kleines Glied innerhalb der Gesamtarbeiterchaft betrachten und mitfühlend an dem großen Werke, das darauf abzielt, die wirtschaftliche Gesamtlage der Arbeitnehmerchaft zu heben und menschenwürdige Zustände für alle zu schaffen.

Da müssen wir schon die engeren Grenzen des Berufs niederreißen, zumal, wenn wir erkannt haben, daß ein Frontwechsel innerhalb der Gewerkschaften zur Notwendigkeit wird. Es erwies sich immer als zwecklos, die Auswirkungen eines Abzuges zu behaupten, und so waren denn auch unsere Lohnaufbesserungen nichts weiter als ein Wettlaufen hinter dem Christensmantel, das bisher stets die längsten Beine hatte und unterseits nie einzuholen war, noch sein wird. Also die Front wechseln! Die großen Arbeitnehmerorganisationen werden mit ihrer Macht eher in der Lage sein, das Abel bei der Wurzel zu fassen, indem sie sich einsetzen für die Forderungen: Stabilisierung der Preise, Kontrolle der Produktion, Erhaltung der Sachwerte; auf das wir Arbeitnehmer nicht diejenigen sind, die die ganze Zehne an Deutschlands Fehnde begahlen.

Stellen wir also auch unsere Organisation auf breitere Basis, läßt mit den Hindernissen unsere Kraft wachsen und uns weitergeben auf dem Wege zum Ziele. Nicht allein engen Berufsinteressen laßt uns dienen, sondern darüber hinaus den Aufstieg der gesamten Arbeiterklasse im Auge behalten.

Bremen. Chr. Fette.

Abstimmung über die Frage „Industrieverband“

Wer das Protokoll unserer Nürnberger Generalversammlung einsehen studiert hat, muß feststellen, daß bereits dort für das Ziel „Industrieverband“ eine stattliche Zahl Delegierter gewesen ist. Wenn auch damals vielleicht diese Frage noch nicht spruchreif war, so würde jedoch der Vorstand erlauchter, nichts unversucht zu lassen, um dieses Ziel zu erreichen. Was ist jedoch in der Zwischenzeit bis heute zur Verwirklichung dieses Zieles getan worden? U. U. w. g. Nach wie vor stehen maßgebende Stellen auf dem Standpunkte, daß ein Zusammenhänge noch nicht möglich ist. Die verschiedensten Gründe, die dafür angeführt werden, geben die Berechtigung, darüber in Leipzig eine eingehende Aussprache herbeizuführen. Ich glaube, unsere Zentralinstanzen geben sich einer Täuschung hin, wenn sie glauben, daß sich die Kollegenchaft in ihrer Mehrheit diesen Gründen anschließen. Warum zögern wir von Jahr zu Jahr mit der Verwirklichung dieser Organisationsnotwendigkeit? Brauchen wir nicht mehr als je eine geschlossene Graphische Einheitsfront? Sind die eventuellen Kosten- und Beitragsfragen so schwerlich, daß dieselben nicht überbrückt werden können? Die deutsche Arbeiterchaft hat schon schwerere Aufgaben lösen müssen, ich sage, wo ein Mille ist, da findet sich auch ein Weg. Der A.G.B. hat durch die Einteilung der Betriebsräte in Industriegruppen bereits erkannt, daß nur durch den Zusammenschluß der Industriegruppen intensiver und schneller die Ziele der Arbeiterbewegung verwirklicht werden können. Neben dem Vorteil der Einheitsfront dem Unternehmertum gegenüber und dem idealen Zweck, spielen auch noch verwaltungstechnische und Durchbildungsfragen für den Industrieverband eine Rolle. Ist es nicht eine Vergeudung der so oft kostbaren Kräfte und Talente und der Beiträge, wenn in einem Gau vier Gauvorsteher und Kassierer, an einem Orte vier Ortsverwaltung und ebensoviel Kassierer und sonstige Funktionäre nebeneinander arbeiten? Jede der vier graphischen Gewerkschaften, sei es in der Zentrale, Gau oder Ort, hat dieselben Aufgaben zu lösen wie: Akquisition, Betriebsrätefragen, gewerkschaftliche Schulung, Schlichtungswesen, Larlsdurchführung usw. Leider kann wegen der Fülle der zu erledigenden Arbeiten und der Kartellisierung nicht immer alles so erledigt werden, wie es im Interesse der Arbeiterchaft aber notwendig ist. Ich erinnere nur an die fortwährenden Klagen über Vernachlässigung der gewerkschaftlichen Schulung. Ist es nicht eine Vergeudung der Gelder und Kräfte, wenn an einem Orte und oftmals in einer Firma vier Vertreter verschiedener Organisationen jeder persönlich eingreifen muß? Die Zahlen der Gau- und Bezirksberichte belegen am besten diese Ausgaben. Wie intensiver, fruchtbringender, aber auch billiger könnte im Interesse der Allgemeinheit gearbeitet werden. Und daß dieses möglich ist, haben wir durch die graphischen Kartelle bewiesen. Sie verzichten aber ohne zentralen Zusammenschluß nur Schlipusarbeit. Darum, ihr Buchdrucker, vor die Front; seid wir Bahnbrecher auf diesem Weg und bringen wir einen schönen Auspruch umgewandelt wieder zur Geltung: Moniere der Arbeiterbewegung wollen wir sein und bleiben! Den Delegierten, die nach Leipzig gehen, aber rufe ich zu: Bringt uns dem Industrieverbande näher, fordert, wenn die Zentralinstanzen das Hindernis sein sollten, die Abstimmung und dann muß der Ruf an die Mitglieder ergehen: Erwacht, erkennt die Zeit, Geschlossenheit läßt stets zum Ziele!

Breslau. Fris Sporn.

Unsre Lehrlingsabteilung

Auf der bevorstehenden Generalversammlung wird man wohl diesmal auch des längeren über unsre neugegründete Lehrlingsorganisation reden müssen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß nicht nur darüber gesprochen werden muß, was während des zweiwöchigen Bestehens der Lehrlingsabteilung getan ist, sondern es muß auch gesagt werden, was nicht getan und was in Zukunft für

den jungen Zweig unsres Verbandes getan werden muß. Als Leiter einer Lehrlingsabteilung bin ich mir vollständig im klaren darüber, welche Schwierigkeiten bestehen; aber dieselben können bei gutem Willen behoben werden. Vor allem müßte seitens des Verbandsvorstandes etwas getan werden für die kleineren und mittleren Orts. Tatsache ist doch, daß ein nicht geringer Prozentsatz der Lehrlinge nur seinen Beitrag bezahlt und keinen „Sungbuchdrucker“ erhält. Der Verbandsvorstand bzw. die Generalversammlung sollte einmal die Frage aufwerfen, ob für die Lehrlingsabteilung mit ihren rund 12.000 Mitgliedern nicht ein besonderer Sekretär ange stellt werden kann. Aufgaben mannigfacher Art würden demselben obliegen, zum Beispiel könnten den kleinen Mitgliedschaften in Form von regelmäßigen Rundschreiben Richtlinien für ihre Tätigkeit in den Abteilungen zugehen, auch die größeren Orts würden hierbei nur profitieren. Zugegeben werden muß doch, daß auch in den größeren Ortsvereinen in den meisten Fällen nicht nach einem bestimmten Plan gearbeitet wird. Ich meine damit, daß es lediglich nur auf den Keller ankommt; je nachdem er Referenten zur Verfügung hat, richtet er seinen Verammlungs halender ein. Es kommt dadurch vor, daß in einem Ort auf gewerkschaftliche, im andern Ort auf fachtechnische Fortbildung Wert gelegt wird, in kleineren Orts, wo man wegen der kleinen Zahl von Mitgliedern alle Lehrlinge zu einem Abend einlädt, werden gewöhnlich mehr allgemein bildende Vorträge gehalten, in keinem Falle wird dann wohl das Richtige getroffen. Das Arbeitsfeld für einen Jugendsekretär ist reichlich groß, und es wird wohl im Verbandsvorstand oder auch auf der Generalversammlung niemand sein, der vielleicht glaubt, eine solche Arbeitskraft würde nicht voll ausgenutzt.

Eine andre Angelegenheit, die wohl mehr die Generalversammlungen angeht, uns aber ebenfalls nur tut, will ich kurz erwähnen. Am den Leitern der Lehrlingsabteilungen neue Anregungen zu geben, wäre es angebracht, alljährlich eine Konferenz aller Vorstände der Abteilungen einzuberufen. Von einer derartigen Zusammenkunft verspreche ich mir sehr viel für die Praxis. Die Kosten, welche nicht allzu hoch kommen würden, müßten natürlich die Gauhaufen tragen.

Nur tut uns ferner die Schaffung eines einheitlichen Lehrvertrages der Jetztzeit entsprechend. Heute noch werden Lehrverträge abgeschlossen, die veraltete ärmliche Bestimmungen enthalten; höchste Zeit ist es, auch hier einmal Wandel zu schaffen. Mir ist z. B. ein drastischer Fall bekannt geworden; in einem Lehrvertrag ist ein Paragraph enthalten, der folgendes besagt: „Der Lehrling hat sich auch andern kleinen Dienstleistungen zu unterziehen sowie allen berechtigten Anforderungen, die der Lehrherr an ihn stellt, nachzukommen.“ Die Firma legt diese Bestimmung nun so aus, daß sie von den Lehrlingen Sonntag nach Feierabend, oft bis zu zwei Stunden, verlangt. So etwas darf es doch nicht geben; auch für die Lehrlinge besteht die gewöhnliche 48-Stunden-Woche. Auch Bestimmungen über Abzüge vom Monatsgehalt bei Verhättnissen gebören nicht in einen Lehrvertrag. Wenn es möglich gewesen ist, eine Musterarbeitsordnung für das graphische Gewerbe durch den Tarifausschuß zu schaffen, müßte es ebenso möglich sein, sich mit der Prinzipalität über einen Musterlehrvertrag, der natürlich keine vier Foliosseiten Umfang zu haben braucht, zu verständigen.

Nur tut freilich auch, daß die Jungbuchdrucker die aufgewandte Mühe und Arbeit für die Lehrlingsorganisation anerkennen. Die beste Anerkennung liegt darin, daß sich die Mitglieder auch an allen Veranstaltungen recht zahlreich beteiligen.

Erfurt. Paul Kutschbach.

Zur Lage der Kriegsbeschädigten

Leider nehmen die als kriegsbeschädigt anerkannten Kollegen innerhalb unsres Verbandes eine Sonderstellung ein. Wird nämlich ein Kollege, der im beruflichen Leben steht, an den Folgen seines im Felde zugezogenen Lebens oder seiner Verwundung krank, so erhält er vom Verbands keine Unterstützung. Es wird dieses seitens des Verbandsvorstandes damit motiviert, daß der Staat für die Kriegsbeschädigten aufzukommen habe. Im ersten Augenblicke hört sich diese Ansicht ja ganz nett an; aber wir wollen die Sache einmal von einer andern Seite beleuchten. Der Staat soll für die Kriegsbeschädigten aufkommen. Schön. Wie jämmerlich der Staat aber für die Kriegsbeschädigten aufkommt, kann man auf jedem Jahrmärkte sehen. In dem Kampfe der Kriegsbeschädigten um die Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Existenz verlag die Hilfe der Gewerkschaften und Parteien vollständig. Es fehlt das soziale Empfinden für die Kriegsbeschädigten. Bei Verabschiedung des neuen Reichsverordnungsgebotes meldeten die Sitzungen „das Haus war fast vollständig leer“. Der Staat soll für die Kriegsbeschädigten aufkommen. Der Staat soll aber auch für die Arbeitslosen aufkommen. Den Arbeitslosen wird aber vom Verband Unterstützung gezahlt (die Unterstützung müßte noch höher sein), folglich müßten die Kriegsbeschädigten auch ihre Unterstützung bekommen. Die schwerbeschädigten Kollegen fallen außerdem noch unter das Schwerbeschädigtengesetz, das heißt, sie können nur mit Zustimmung der amtlichen Fürsorgestellten gehindert werden, befallen also, wenn sie erst wieder im Berufe stehen, fast gar nicht den Arbeitslosenmarkt. Viele Kollegen haben sich auch im Feld ein Verden oder eine Verwundung zugezogen, woran sie dauernd zu leiden haben, aber eine Rente beziehen dieselben nicht. Werden nun diese Kollegen an ihrem Verden oder ihrer Verwundung krank, so bekommen sie anstandslos ihre Unterstützung. Lediglich aus dem Grunde, weil die rentenbezugsberechtigten

Sollgen ein paar Mark Rente beziehen oder vielleicht nur als dienlichbändig anerkannt sind, entlebt man ihnen die Unterstützung. Dieses ist eine schreiende Ungerechtigkeit, bezahlen doch die kriegsbeschädigten Kollegen genau dieselben Beiträge wie die andern Kollegen auch. Oder sind etwa die kriegsbeschädigten Kollegen Gewerkschaftler zweiter Klasse? Keine andre Organisation (ich habe mich bei allen erkundigt) kennt diese Ausnahmestimmung, also muß sie auch bei uns verschwinden.
Osnabrück. Andreas Theers.

Zur Begründung der Esperanto-Anträge

Die Arbeiterbewegung wäre ein folgeborenes Kind, wenn sie sich nicht der ökonomischen Entwicklung anpassen könnte. Es wäre unmöglich, die neue sozialistische Weltanschauung vorzubereiten, wenn wir nicht von der herrschenden kapitalistischen Gesellschaftslehre lernen und ihr in allen Stadien folgen würden.

Wir leben, das ist die Kapitalisten aller Länder immer mehr und mehr zusammenschließen, das sie immer mehr nur als Klasse anerkennen gegen die Arbeiterbewegung und sie bereits die Arbeiterwelt international ausbauen. Wenn wir dieses erkannt haben, so ist es für uns eine unbedingte Notwendigkeit, ebenfalls das Fundament zu schaffen, das uns ermöglicht, die Schläge der internationalen Ausbeuterklasse parieren zu können. Das Mittel ist die Arbeiterinternationale. Diese Internationale muß aber so ausgebaut werden, daß diese Internationale nicht nur ein loles Gebilde darstellt. Jeder einzelne sollte als Mitglied der Internationale vor allen Dingen auch in der Lage sein, sich mit seinen Klassengenossen der einzelnen Länder verständigen zu können. Diese Möglichkeit wird uns aber niemals eine Sprache bieten können, die nur eine nationale Beschränkung hat, da jede Nationalsprache ihre nationalen Eigenheiten hat (Dialekte u. a. m.). Es besteht aber auch, solange wir überhaupt Nationen haben, ein gewisses Vorurteil gegen eine Nationalsprache als internationales Verständigungsmittel, da jede Nation glaubt, für sich in Anspruch nehmen zu können, daß einzig und allein ihre Nationalsprache dafür in Betracht kommen müsse. Im übrigen sind aber National Sprachen schon deswegen als internationale Verständigungsmittel für die Arbeiterwelt ungeeignet, weil für die Arbeiter, die schon von ihrer frühesten Kindheit an in den Arbeitsprozess eingespant werden, die Erlernung einer andern Nationalsprache fast unmöglich ist.

Es ist also ein Verständigungsmittel, eine Hilfssprache notwendig, welche es jedem Arbeiter ermöglicht, ohne ein geistiges Genie zu sein, diese Sprache zu erlernen. Dieses Hilfsmittel ist uns bereits vor Jahrzehnten von dem verdorbenen russischen Augenarzt Dr. Samenol in Form der Esperanto-Weltbillsprache bekannt geworden. Diese Sprache ist als Verständigungsbildmittel gedacht und ist ohne sprachliche Vorkenntnisse und ohne geistige Reichtümer in verständnisreicher Kürze seit für die Arbeiter aller Länder leicht erlernbar.

Sollten die zur Generalversammlung des Verbandes gestellten Anträge, Esperanto betreffend, nicht nur formale Anträge sein, dann ist es notwendig, daß wir für sie eine feste Grundlage, ein Fundament bilden.

Es ist nicht möglich, internationale Kongresse in Esperanto abzuhalten, wenn nur einige Teilnehmer schließlich die Esperantosprache beherrschen. Schon im persönlichen Interesse eines jeden einzelnen wie im Interesse der Gesamtheit ist es von großem Nutzen, wenn wir recht bald die Notwendigkeit dieses leicht erlernbaren internationalen Verständigungsmittels erkennen. Wie einen jeden Kollegen nach kurzem Studium des Esperanto die Möglichkeit gegeben ist bei internationalen Kongressen, die dann in Esperanto geführt werden, als Delegierter oder als Zuhörer teilzunehmen, so kann noch jeder einzelne für sich selbst Vorteile daraus ziehen. Es würde mancher Kollege gern einmal eine Grenze überschreiten, da es ihm aber in seiner Jugend nicht möglich war, eine andre als die deutsche Sprache zu erlernen, so wird ihm die Erfüllung dieses Wunsches außerordentlich erschwert. Diese Schwierigkeiten fallen bei Esperanto weg.

Es ist möglich, ohne sprachliche Vorkenntnisse und mit viel weniger Zeitaufwand gegenüber den National Sprachen die logisch und sehr einfach aufgebaute Weltbillsprache zu erlernen. Der beste Beweis dafür ist, daß Kollegen, die bereits über die mittleren Jahre hinaus sind, noch Esperanto erlernt haben. Es ist jedoch vor allen Dingen für die jüngeren Kollegen eine unbedingte Notwendigkeit, daß sie die Esperantosprache lernen. Haben wir, indem jeder durch Erlernen der Esperantosprache mitteilt, ein festes Fundament geschaffen, dann sind wir einen Schritt weiter in der internationalen Völkerverständigung und Völkerbrüderung.

Von der Generalversammlung des Verbandes wollen wir hoffen und wünschen, daß sie zunächst Esperanto als Korrespondenzsprache im Verkehr mit den ausländischen Berufsverbänden beschließt, und daß die Generalversammlung des weiteren im Sinne der Anträge beim internationalen Buchdruckersekretariat und bei den ihm angeschlossenen Organisations dementsprechende Anträge stellen möge.

Alle jene, die sich ernstlich für Esperanto interessieren möchte ich eruchen, sich entweder an den Deutschen Arbeitervereinsbund, Hannover, Alterstraße 36, wo auch Lehrbücher bestellt werden können, oder auch an die Buchdruckeresperantogruppe, Leipzig, „Volkshaus“, Zelter Straße 32, zu wenden.

Kollegen! Erkennt die historische Notwendigkeit einer Weltbillsprache und erlernt Esperanto, so werden wir eins der Hemmnisse für die internationale Verständigung beseitigt haben!
Leipzig. O. B.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Memmingen. Die am 14. Mai in Bad Wörishofen abgehaltene Frühjahrsbezirksversammlung war gut besucht. Anwesend waren 32 Mitglieder. Nach Bekanntgabe des Einlaufs wurde der Tarif einer eingehenden Erläuterung unterzogen. Wie der Vorsitzende erwähnte, gibt es leider noch manche Kollegen, die noch wenig mit dem Tarif vertraut sind. Dies kommt hauptsächlich für den Zuschlag in Betracht, der für Stunden außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit zu zahlen ist. Auch wurden die Arbeitsnachweise einer scharfen Kritik unterzogen in bezug auf unterschiedliche Behandlung von Großstädter- und Provinzialkollegen. Auch die Lehrlingsabteilung bzw. die Abhaltung von Bezirksversammlungen mit den Lehrlingen wurde besprochen und betont, daß es schwierig ist, derartige Versammlungen in der Provinz abzuhalten. Die Johanniseiler soll gemeinsam mit Kaufbeuren in Buchloe stattfinden, eventuell eine Feyer des Bezirks für sich in Mindelheim. Für die Delegiertenwahl zum Gau wurde drei Kollegen in Vorschlag gebracht. Der Bezirksbeitrag wird ab 1. Juni auf 50 Pf. erhöht. Die Herbstbezirksversammlung findet in Illertissen statt.

Die Aufnahme des neuen Lohnabkommens

Krefeld. Eine gutbesuchte Bezirksversammlung am 19. Juni nahm Stellung zu dem neuen Lohnabkommen. Das der Schiedspruch, der als gänzlich ungenügend anzusehen ist, unter Umständen auch noch über den Monat Juni hinaus Geltung haben soll, macht keine Ausnahme für die Gehilfenschaft unmöglich. Die Haltung der Gehilfenvertreter erschien nach dieser Seite hin recht unverständlich. Folgende Entschließung wurde nach lebhafter, aber sachlicher Aussprache angenommen: „Die heutige Bezirksversammlung erklärt auf das entschiedenste, das jetzt gefällte Lohnabkommen nicht länger als für den Monat Juni anzuerkennen und fordert spätestens am 24. Juni neue Verhandlungen, wie überhaupt unter den heutigen, stetig wechselnden Verhältnissen an der moralischen Lohnregulierung vorrücken zu müssen. Der Gehilfenvertreter wird ersucht, die sofortige Einberufung einer Bezirksvorbelehrenkonferenz zu veranlassen und dort die Gründe für das Verfallen der Gehilfenvertreter bekanntzugeben.“

Mannheim. Bezirksversammlung vom 10. Juni. Gauvorsitzender Conradi erstattete kurz, klar und verständlich Bericht über die letzten Tarifauschussverhandlungen, die wichtigsten Punkte hervorhebend und die sich immer mehr zuspitzende Lage im Gewerbe unterstreichend, wofür ihm der Dank der Versammlung auslief. Auch die kommende Erhöhung des Verbandsbeitrags wurde geteilt. Rge. Diskussion folgte. Kollege Lehner betonte, junge Verhandlungen zeleben uns in recht dem Weg, den wir gehen müssen, ehe es zum Auserkennen kommt. Die Buchdrucker sollten erkennen, daß sie als Klasse auftreten müßten. Auch die Kollegen Bach, Heber, Reichardt und Ubrig konnten sich mit den bisher erzielten Ergebnissen in keiner Weise einverstanden erklären. Der richtige Weg zu einer Besserung sei noch nicht gefunden. Kollege Conradi antwortete im Schlusswort nochmals in Kürze den Diskussionsrednern, den kolossalen Opterumt vor den Augen führenden, den die süddeutschen Metallarbeiter im Kampf zeigten. Auch unsere Kollegen müßten denselben Mut beweisen, wenn bei uns das gleiche eintreten sollte.

□ □ □ Rundschau □ □ □

Tarifräumliche Lohn Tabellen. Die neuen Lohn Tabellen, enthaltend die Löhne für Gehilfen und Hilfsarbeiter, nach Wochen, Tag- und Stundenlohn berechnet, das Kostgeld der Lehrlinge und sonstige Abänderungen des Buchdruckerarbeits, sind unter dem Titel „Änderungen des Buchdruckerarbeits von 1921“ vom Tarifrat der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zum Preise von 4 Mk. pro Exemplar gegen vorherige Einzahlung des Betrags bei portofreier Zustellung sofort zu beziehen. (Postfachkonto Nr. 85058, Berlin NW 7).

Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe zu Leipzig. In der Aula der Akademie, Wächterstraße 11, werden künftig Ausstellungen in zwangloser Reihenfolge veranstaltet, um das allgemeine Kunstinteresse zu fördern. Der Kollegenschaft von Leipzig und Umgebung kann der Besuch warm empfohlen werden. Der Eintritt ist frei. Die erste Ausstellung von Holzschnitten, Aquarellen und Ölgemälden von einem Leipziger Künstler wurde bereits am 18. Juni eröffnet.

Unterstützungsfonds von 500 Mill. Mk. für die Presse. Das Reichshabitell beschäftigt sich erneut mit Maßnahmen zur Milderung der Pressenot und beschloß die Einbringung einer Gesetzesvorlage, nach der ein Unterstützungsfonds von 500 Millionen, die durch besondere Abgaben aufgebracht werden, auf die Presse nach dem Papierverbrauch verteilt werden soll. Das Gesetz soll vom Reichstage noch vor der Sommerpause verabschiedet werden.

Antiqua oder Fraktur? Zu dieser Frage hat der Reichshabitell eine Rundfrage erlassen, deren Ergebnisse jetzt in den „Mitteilungen des Reichshabitells“ veröffentlicht werden. Prof. Otto Sapp (München) äußert sich u. a.: „Für Münzen, Siegel, Briefmarken, für Firmenchilder

und Reklamemotive ist die Antiqua unentbehrlich. In andern Fällen, namentlich beim Druck von Gedichten, ist sie ein Genußmittel; bei der persönlichen Handschrift eine Privatangelegenheit. Dagegen würde ich dafür eintreten: alle eigentlichen Lesefachen, Bücher, Zeitungen, Anträge, Erlasse usw., die in deutscher Sprache geschrieben sind, auch in deutscher Schrift zu drucken und sich ihrer ebenso in der Schreibmaschine zu bedienen.“ Ähnlich schreibt Prof. Dr. W. Lang (Berlin): „Wer im Laufe dieser Jahre so viele Erlebnisse zu sammeln Gelegenheit hatte wie ich, wie ungemessen sich die Schwierigkeiten der Entzifferung von Antiqua auf Siegel, Münzen, Grabdenkmälern von dem Augenblick an fühlern, da Gollt und Fraktur dieser Beschriftung sich bemächtigen, der müßte es als ein Verhängnis beklagen, wenn die Stellung der Fraktur auf diesem Gebiete durch ein Monopol von oben her noch verstärkt werden würde.“ Auch Prof. Walter Steinhilber von der Staatlichen Akademie für graphische Künste in Leipzig steht auf dem Standpunkte, daß eine grundsätzliche Anwendung deutscher Schrift bei Antiqua behördlicher Art nicht gefordert werden möchte. Bei Beschriftung von Münzen und Siegeln hält er die lateinische Schrift für die viel geeigneter, aber auch sonst sollte man den Künstlern mögliche Freiheiten in der Wahl der Type bei Antiqua behördlicher Art lassen. Ähnlich sprechen sich auch die übrigen Sachverständigen aus. Der Reichshabitell selber kommt ebenfalls zu dem Schluß, daß für Stempel, Münzen und ähnliche Fälle Antiqua nicht entbehrt werden könnte, während sonst bei Verordnungen behördlicher Art Fraktur meist als erstrebenswerter anzusehen sei. Die fortschrittlich geklarte Arbeiterbeschriftung macht der Antiqua selbstverständlich weitgehende Konzessionen. Alle Bücher und Zeitungen, die dem internationalen Verkehr dienen oder zur internationalen Verständigung beitragen können, müssen nach ihrer Ansicht in Antiqua gehalten werden.

Eine lächerliche Identifizierung als Banderolenfälscher wegen gleichen Namens. Ein Buchdruckermeister in Westfalen wurde, weil er Namensvetter von einem 800 Kilometer entfernt wohnenden Zigarrenfabrikanten ist, der wegen Verwendung gefälschter Banderolen zur Verantwortung gezogen wurde, von der Zollbehörde als Banderolenfälscher verdächtigt. Von einem starken Aufgehob von Polizei und Zollbehörde wurde im Betriebe und in der Privatwohnung sowie auch in den Wohnungen der nächsten Verwandten eingehende Hausdurchsuchung vorgenommen. In der kleinen Stadt machte die auffällige Unternehmung begriffliche Aufregung und bald war auch das Gerücht verbreitet, daß in der Druckerlei falsches Geld gedruckt worden sei. Die gefälschten Banderolen sind natürlich in Steindruck und nicht in Buchdruck hergestellt, was die Verdächtigung um so komischer erscheinen läßt.

Halbe Auffassung von der Herstellung eines Buches. Das „dänische“ Fachblatt „De Grafiska Fag“ berichtet, daß eine Lehrerin in einer Volkshochschule in einer größeren Provinzstadt in Dänemark den Versuch eines „einzigartigen“ Schulbuchs in Kopenhagen die Frage richtete, ob er ein Exemplar des Buches („Sörgarden“) in derselben großen Schrift wie in der Bibel drucken könnte. Sie habe einen Schüler, der so kurzschichtig sei, daß er nur Bibelchrift zu lesen vermag. Daß die Lehrerin, noch dazu in einer größeren Provinzstadt, nicht wissen sollte, daß eine passende Brille über Kurzsichtigkeit hinweghilft, das sieht mehr nach Aprilscherz aus.

Hierbohnkeil durch Arbeiterorganisationen in England. Die englischen Bierbrauereien hatten die Löhne ihrer Arbeiter gekürzt, obwohl sie durch die sonst fast allgemeine Exportkrise gar nicht zu leiden haben. Daraufhin beschloß die Föderation der Transportarbeiter, daß alle Mitglieder des Verbandes (eine Million Arbeiter) kein Bier mehr trinken dürften, bis die Unternehmer entgegenkommen. Diesem Beschlusse schlossen sich weitere 2000 Arbeiterorganisationen an mit zusammen einer Million Mitgliedern.

Briefkasten

A. S. in G.: Sehr Gewerkschaftskongress, dann Generalversammlung des Verbandes, beide große Tagungen mit Neben tagungen, da ich vor einigen Wochen niemand disponibel, Senden Sie aber nur ein, es zeitlich nach dem Besten, sobald es geht. — B. M. in A.: Sitzung um mindestens die Hälfte erforderliche Korrekturtagung ausgeschlossen. — F. H. in B.: Vielen Dank für aktuelles Lebenszeichen. — D. M. in B.: Bild aufgenommen.

□ □ □ Verbandsnachrichten □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schmallopp 511.
Beratprediger: Rind Aurluff, Nr. 191.

Adressenveränderung

Hamburg. (Norddeutscher Maschinenfabrikanten, 511 Hamburg.)
Erster Vorsteher: G. Zimmermann, Hamburg 26, Mittelstraße 75 III.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 41 Tagen an die folgende Adresse):
Im Gau Hamburg-Mitte die Seher 1, Bernhard Straße, geb. in Sommerfeld 1884, ausget. dal. 1902; 2. Richard Lorenz, geb. in Neureppin 1900, ausget. in Hamburg 1919; der Drucker 3. Hermann Steinmann, geb. in Hamburg 1902, ausget. dal. 1921; waren schon Mitglieder. — Fr. Kuntler in Hamburg, Bienenbinderhof 57 II.
Im Gau An der Saale der Drucker Paul Köppen, geb. in Halberstadt 1896, ausget. in Magdeburg 1915; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. d. S., Kleine Klauwitzstraße 7 I.

Verammlungskalender

Berlin. Nationalerstellungsverammlung Mittwoch, den 21. Juni, im „Graphischen Vereinsbau“, Alexandrinenstraße 44.

